

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Freitag nur wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei der Post ohne Postgebühr monatlich 4,- M., bei Zustellung unter Postband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in der ersten Nummer der Postzeitung für 1919 einzeln zu beziehen und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 16 III. Preisverzeichn.: Amt Norden 2895 und 2896.

Interessante lesen die abendliche Nonparillzelle oder den Raum L 20 III. Wertangeben im Jahrbuch des Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leuzungsgebühr 70 Proz. Bei Familien- u. Veranlagungsangelegenheiten der Zeitung. Interate für den benachbarten Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 16 Preisverzeichn.: Amt Norden 2769

# Die Freie Presse

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die ungarische Roterrevolution.

Die Entente und Ungarn.

T. U. Kasperham, 5. August.

Die aus Paris herübergehende, ist die französische Presse von dem Eingang der Rumänen in Budapest durchwegs eingenommen. Das „Petit Journal“ schreibt: Die Rumänen sind keine Bundesgenossen, welche immer in vollkommener Lebensgemeinschaft mit der Entente gehandelt haben. Man kann daher erwarten, daß sie auf einen guten Rat, wenn ihnen ein solcher gegeben wird, hören werden, vom allgemeinen Standpunkt aus betrachtet, kann die Befehung von Budapest nur der Sache der Verbündeten von Nutzen sein. Sie ist eine Bürgschaft gegen eine Wiederholung der Offensiv der Anhänger der Sowjets. Wenn die neue Regierung die demokratischen Prinzipien in dem stimmt und alle Beziehungen mit den russischen Bolschewiken abbricht und die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt, dann kann sie überzeugt sein, daß die Entente ihr helfen wird, eine geordnete Verwaltung einzuführen. Der Fall Bela Kuns hat also den endgültigen Zusammenbruch der Sowjets in Ungarn zu bedeuten. Das ist ein vollständiger Sieg der Entente, welcher wohl bald einen Rückzug in Rußland haben dürfte.

Rauf einer Meldung des „Corriere della Sera“ aus Paris scheint der Oberste Rat der Alliierten diesen radikalen Standpunkt der Pariser Charvinistenpresse nicht zu teilen. Er teilt auch die von mancher Seite gegen die neue ungarische Regierung erhobenen Bedenken nicht und hat deshalb auf Antrag des amerikanischen Lebensmittelkontrollers Hoover die Blockade über Ungarn aufgehoben. Der Ministerrat behält sich jedoch vor, die Blockade neuerdings zu verschärfen, falls die innere oder äußere Lage Anlaß zu Bedenken geben würde.

Wie aus Wien gemeldet wird, sollen von den Ententemächten bereits Schritte unternommen worden sein, um die rumänischen Truppen aus Budapest zu entfernen. Die offiziellen Vertreter der Entente erkennen also nicht die Gefahr, die durch das Verbleiben der Rumänen in Budapest heraufbeschworen wird. Ob aber die Vernunft vor dem Sieg davonträgt, erscheint noch zweifelhaft. General Franchet d'Espèrey, der französische militärische Bevollmächtigte in Budapest, scheint die Rumänen an ihrem Vorgehen ermutigt zu haben und ihnen noch fest den Rücken zu halten. Und in Paris triumphiert auch jetzt, wie die „Kauferung“ des „Petit Journal“ zeigt, der bornierte Standpunkt des radikalen Kleinbürgers, der alle Vorgänge der inneren und äußeren Politik einsig und allein unter dem Gesichtspunkt des „Sieg“ und der Bekämpfung des Bolschewismus wertet.

Die Lage in Budapest.

Budapest, 5. August.

Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbureaus hat der Ministerrat die Rückgabe sämtlicher Gemeindefürsorge übernommenen Finanzinstitute, Unternehmungen und Betriebe, Fabriken und Geschäfte in das Privateigentum ausgesprochen.

Auf sämtlichen Linien der ungarischen Staatbahnen wird der Personenverkehr. Von der Südbahn wird der Verkehr bloß auf der Linie Szekesfevar (Stuhlweissenburg) — Györf — Nagykanizsa aufrechterhalten.

Der Leiter der Wiener italienischen Mission, Brins Borgese, hat mit den Vertretern der ungarischen Regierung verhandelt. Zunächst mit dem Minister des Äußeren T. G. S. K. und dann mit Kriegsminister Janbrich sowie mit dem Minister des Innern Peyer. Auch der englische General Gordon, der heute früh in Budapest eintraf, wurde zugezogen.

Der Oberstadthauptmann Dies erklärte: Zur Zeit wird die öffentliche Sicherheit bloß durch die in der Stadt zurückliegenden rumänischen Patrouillen aufrechterhalten. Wer nach der Sperrstunde, ohne Nacharbeiter zu sein, auf der Straße angetroffen wird, wird verhaftet. Der Oberstadthauptmann hofft, in einigen Tagen wieder eine Polizei zur Erhaltung der Ordnung und Ruhe zu haben.

Wien, 5. August. (H. N.)

Der „Neue Tag“ berichtet aus Budapest: Die politische Gemütslage steht unter dem Zeichen des Einzuges der Rumänen. Die Rumänen üben vollkommen die Herrschaft über die Stadt aus. Das ist noch eine sehr gelbe Kundgebung für den tatsächlichen Zustand, der im Augenblick in den außerhalb liegenden Bezirken liegt, wo die Soldaten sich selbst überlassen sind. Alle Häuser sind von Rumänen besetzt. Es gehen keine Bote aus Budapest fort. Die Zeitungen, die gestern noch von Pressefreiheit sprachen, erscheinen heute unter der rumänischen Zensur mit wahren weißen Panzern. Einige Blätter haben ihr Erscheinungsbild eingestrichelt, andere, wie die „Kapitana“ wollen, falls die Lage sich nicht ändert, ebenfalls nicht mehr erscheinen. Die Ententekommission paßt der Lage in größter Verlegenheit gegenüber.

Wien, 5. August.

Rumänische Gewalttaten.

Die Blätter melden aus Budapest vollkommenen Ruhe. Freß wurde unter Trommelschlag verkündet, daß innerhalb zweier Stunden alle Waffen abgeliefert werden müßten. Die Besetzung wurde vorläufig durch drei Divisionen vorgenommen.

Die „Ungarische Post“ meldet: Die Gerüchte über Ausschreitungen des rumänischen Militärs bewahrheiten sich. Die rumänischen Soldaten verübten in Bezirken von Budapest diese Gewalttaten. Sie gebrauchten beim geringsten Zwischenfall diese Gewalttaten. In Juglo, einem von Arbeitern bewohnten Viertel, sperrte rumänisches Militär um 3 Uhr abends die Hauptstraße ab. Die Arbeiter, die um diese Zeit aus den Fabriken nach Hause gehen wollten, wurden nicht durchgelassen. Als einige Arbeiter versuchten, die Hauptstraße zu überschreiten, wurden sie durch Gewehrkugeln getötet. Die Zahl der Toten konnte nicht festgestellt werden, da die Rumänen niemanden zu den Leichen ließen.

Die rumänischen Waffenstillstandsbedingungen.

Wien, 6. August.

Die von rumänischen Armeekorps-Oberkommando aufgestellten Waffenstillstandsbedingungen sind folgende: Ubergabe des gesamten Kriegsmaterials, Herabsetzung der Armee auf 15 000 Mann, Ubergabe aller Munitionspakete und Ausüstungsgegenstände, die für die Besatzung einer 300 000 Mann starken Armee notwendig sind, Auslieferung der Hälfte des Eisenbahnmaterials, von 800 Automobilen, 80 Prozent des gesamten Bestandes der Rinder und sonstigen Tiere, die sich noch in Ungarn befinden, von 80 Prozent der in Ungarn befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen, von 20 000 Waggons Getreide, von 10 000 Waggons Mais, von 15 000 Waggons Getreide und Hafer.

Zusätzlich hat Ungarn die rumänische Besatzungsarmee zu unterstützen und die notwendigen Tiere dazu zu liefern.

Das Ententemächte ist einmütig als Ganzes anzunehmen oder zurückzuweisen. Gegenentschlüsse sind nicht zulässig. Die für die Annahme gestellte Frist läuft am 15. August 2 Uhr nachmittags ab. Falls die Bedingungen nicht angenommen werden, wird das rumänische Armeekorps Ungarn ohne Rücksicht auf das Verhältnis zum vorhandenen Bestande alle jene Materialien und Tiere fortzunehmen, die Rumänien braucht.

Die ungarische Regierung hat diesem Entwurf der rumänischen Waffenstillstandsbedingungen dem englischen General Gordon übermittelt und gleichzeitig damit eine Antwort überreicht, in der sie erklärt, daß sie nicht in der Lage wäre, die im Entwurf enthaltenen Bedingungen anzunehmen. Sie legt dabei die Entscheidung in die Hände der Ententemächte und bitte die Vertreter der Ententemächte um Verantwortung der im Rahmen des rumänischen Hauptquartiers aufgestellten Bedingungen.

Der Wiener Arbeiterrat zum Umsturz in Ungarn.

In der Sitzung des Wiener Arbeiterrates vom 4. August erklärte Friedrich Adler, laut einem Nachbericht des „N. N.“, daß die Arbeiterschaft am Schluß einer Periode stehe, die mit einer Niederlage des Proletariats nicht nur in Ungarn, sondern in allen Ländern gerendet habe, und daß es notwendig sei, die schlimmsten Folgen dieser Niederlage noch Möglichkeit einzudämmen. Er polemisierte scharf gegen die Kommunisten, die das Proletariat zu unüberlegten Handlungen verführten, zur Ablehnung des Friedensvertrages veranlassen wollten und Forderungen stellten, die sie auf ihrem Parteitag selbst als übertrieben bezeichnet hätten. Der Präsident der Nationalversammlung Seib erklärte, er halte die Gewährung des Wahlrechts an die ungarischen Bolschewisten für selbstverständlich. Die ungarischen Genossen hätten dem Sozialismus nicht gehöhnt, sondern ihn diskreditiert. Die Entente fürchte den Bolschewismus nicht mehr. Die Errichtung der Diktatur in Deutschland wäre vor drei Monaten ein Fehler gewesen, heute wäre sie ein Unfug. Der Wiener Arbeiterrat beschloß darauf eine Resolution folgenden Inhalts:

„Die ungarische Arbeiterklasse und mit ihr die Arbeiter aller Länder sind um eine traurige Erfahrung reicher. Der Wiener Arbeiterrat hält das Vorgehen der Regierung, die den ungarischen Bolschewisten eine Asylstätte gewährt hat, um sie den Gefahren der rassistischen Reaktion zu entziehen, für selbstverständlich. Der deutschösterreichische Vorkriegssozialismus und ihrer Presse gegenüber stellen wir mit allem Nachdruck fest, daß, so sehr der Arbeiterrat den Versuch Widerstand geleistet hat, die ungarische Diktatur auf deutschösterreich zu verpflanzen, er keineswegs dulden wird, daß unter dem Deckmantel einer Forderung gegen den Bolschewismus eine reaktionäre Sache gegen den Sozialismus unternommen wird. Die Bourgeoisie jubelt zu früh, wenn sie glaubt, daß mit der ungarischen Räteregierung auch die Macht der Arbeiterklasse gebrochen sei.“

#### Der morische Pfeiler.

Von Julius Brantat (Wien).

Die Pariser Friedenskonferenz hat in der Hauptphase ihr unheilvolles Werk beendet. Dem harten Versailles Frieden ist der noch grausamere Friede von St. Germain gefolgt. Der Geist der Härte und Grausamkeit, der diese beiden Friedenswerke umwittert, darf jedoch nicht allein aus den Gefühlen der Rache und des Hasses, die in der Tat im französischen Volke gegen den Kriegsverbrecher leben mögen, begriffen werden. Der Versailles und der St. Germainer Friede sind unter dem Druck der ungeheuren Kriegsknot Frankreichs geformt, die Gespenster des drohenden ökonomischen und sozialen Zusammenbruchs Frankreichs haben die harten Bestimmungen des Friedens diktiert.

Der tragende politische Gedanke des Friedenswerkes ist die Sicherung der Vorherrschaft Frankreichs, als die letzte Zuflucht vor der drohenden Weltrevolution im kontinentalen Europa. Dieser Aufgabe wird aber Frankreich nur dann gemachsen sein, wenn es gelingt, seinen erkrankten Produktionsprozess rasch neu zu beleben, die Umschaltung der Kriegsauf die Friedenswirtschaft rasch durchzuführen, die wirtschaftliche Krise, den Zustand der Arbeitslosigkeit schließlich zu überwinden und eine Periode industrieller Konjunktur mit hohen Löhnen und niedrigen Preisen herbeizuführen. Die politische Sanierung Frankreichs wäre also unter den Einwirkungen einer gesunden Volkswirtschaft viel leicht denkbar. Frankreich hat aber unter dem Kriege ganz ungeheuer gelitten. Seine industriereichsten Provinzen wurden von den deutschen Armeen zerstört, seine Finanzen durch die Annulierung der französischen Schulden Rußlands auf das schwerste erschüttert. Rußland war der größte Schuldnerstaat Frankreichs. Bis vor Ausbruch des Krieges hatte Frankreich an Rußland eine Forderung von 20 Milliarden Francs, die sich bis zum Ausbruch der Revolution um weitere 10 Milliarden steigerte. Mit der Proklamierung der Räteherrschaft stellte Rußland den ausländischen Zinsendienst ein. Die französische Regierung war seit dem Herbst 1917 genötigt, die fälligen Kupons von 80 Milliarden Francs aus Staatsmitteln zu bezahlen; die Uebernahme des Zinsendienstes durch die französische Regierung, schnellste das französische Staatsbudget auf eine außerordentliche Höhe hob. In diesen lauternden Ausgaben Frankreichs gipfelte sich die unerhörte hohen Kriegskosten, die durch inländische und ausländische Anleihen vorläufig gedeckt wurden.

Die französische Volkswirtschaft ist jedoch außerstande, diese ungeheuren Lasten allein zu tragen. Die Ueberwälzung der gewaltigen Kriegskosten Frankreichs auf die Schultern des deutschen Volkes war ein zwingendes Gebot der ökonomischen Selbsterhaltung der französischen Staatswirtschaft.

Frankreich mußte also, um Deutschland zur Uebernahme der Kriegskosten Frankreichs zu zwingen, Deutschland im Mitteleuropa isolieren, es mit einem Ring von Staaten umgeben, die vereinigt mit Frankreich, Deutschland in Schach zu halten fähig sind. Die neugebildeten Staaten Mitteleuropas — vor allem Polen und die Tschechoslowakei — mußten deshalb von vornherein in Gegenlag zu Deutschland gebracht werden. Deshalb verließ der Friede von Versailles den Polen bedeutendes Gebiet des Deutschen Reiches, deshalb bereitete der St. Germainer Friede den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland, deshalb sprach der St. Germainer Friede — um auch Deutschösterreich in Schach halten zu können — dem tschechoslowakischen, jugoslawischen und italienischen Staaten Gebiete Deutschösterreichs zu. Die neugeborenen Nationalstaaten wurden von Frankreich mit dem Sach gegen das Deutsche, mit dem Spannungszustand zwischen Deutschösterreich und Deutschland und den Rüstungsvorkräften der Alliierten aus der Taufe gehoben.

Die Friedensbestimmungen von Versailles und St. Germain, die dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes hinfügend Hohn sprechen, mühten trotz der ideologischen Widerstände Englands und Amerikas triumphieren. Frankreich ist einer der größten Schuldner amerikanisch-englischen Kapitals. Lloyd George und Wilson mühten, wenn sie Frankreich vor einem ökonomischen und sozialen Zusammenbruch und einer Ausbreitung der sozialrevolutionären Wellen gegen den Westen wehren wollten, in die Bestimmungen des Friedensvertrages schließlich einwilligen. Diese Friedensverträge stellen den grausamen Verkauf dar, mit Kapitalistischen Mitteln die gewaltige Erschütterung des Wirtschaftsgesüßes des kontinentalen Europas zu meistern, die aus den Augen geratene kapitalistische Welt wieder einzurichten.

Dieser, von den größten Staatsmännern der Welt fertig ausgelegte und durchdachte Plan wird jedoch nicht zuletzt



an keinem geringsten Objekte scheitern. Wie der gärende Bezenfessel am Balken den Gleichgewichtszustand der Großmacht erschüttert und über Europa das Unheil dieses Krieges ausgegossen hat, so wird das verstümmelte, lebensunfähige Deutschösterreich, das von einem King unnatürlicher, mit dem Todesfeim zerrütteter Nationalitätenkämpfe behafteten Staatsgebilde umgürtet ist, das Zentrum des ökonomischen Stillstandes werden, an dem dieses Friedenswerk schließlich zerfallen wird. Denn die Deutschösterreich zugewiesenen Friedensbedingungen sind so ungeheuerlich, daß fürwahr auf eine ernsthaft Prüfung verzichtet werden könnte. Sie liegen im Empfinden der deutschösterreichischen Bevölkerung jenseits der Grenzen einer ernsthaften Kritik und Vermögen der Tat nur ihr geringes Interesse zu wecken. Im Vorausblick, das der Biererrat über Deutschösterreich geworfen hat, dürften sich die Militärs wohl selbst verstricken.

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie Ende Oktober 1918 führte zur Bildung von drei Nationalstaaten: der deutschösterreichischen, der tschechoslowakischen und der ungarischen Volksrepublik. Die übrigen Gebiete fielen den polnischen, ukrainischen und rumänischen, ferner den jugoslawischen und italienischen Nationalstaaten zu. Die Friedenspolitik der Militärs war dahin gerichtet, Deutschösterreich und Ungarn in ihrer Isolierung zu erhalten und der tschechoslowakischen Republik und dem jugoslawischen und italienischen Nationalstaaten die politische und wirtschaftliche Sanierung auf Kosten der deutschösterreichischen und ungarischen Republik zu ermöglichen. Deshalb spricht der Friedensvertrag der tschechoslowakischen Republik und den jugoslawischen und italienischen Nationalstaaten einen bedeutenden Teil des Gebietes und 40 Prozent des deutschen Volksbestandes der jungen deutschösterreichischen Republik zu. Die Bereicherung Deutschösterreichs ermöglichte mithin die Bildung von einem Französischen mächtigen Staaten, die sich um die kleine deutschösterreichische Republik gruppieren und die innerlich im feindlichsten Gegensatz zu Deutschösterreich gedrängt wurden. Denn rings um Deutschösterreich leben „amerlote Brüder“, die zum Mutterlande streben und das Gefüge dieser Staaten in ständigen Nationalitätenkämpfen zerrütten werden. Um die ökonomische Lebensfähigkeit dieser Staaten zu garantieren, versucht der St. Germainer Friede die ungeheuren Kriegslasten der österreichisch-ungarischen Monarchie auf die Schultern der deutschösterreichischen und der ungarischen Republik zu wälzen.

Doch allein durch die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages wird die volkswirtschaftliche Kraft Deutschösterreichs gebrochen. Dies wird vor allem an dem Raub Deutschböhmen und der Sudetengebiete sichtbar. Diese Gebiete waren die industriereichsten Provinzen der alten Monarchie. Die innerösterreichische Hohlglasindustrie erzeugte Produktionswerte von 10 Millionen Kronen, die deutschböhmisches Hohlglasindustrie Produktionswerte von 80 Millionen Kronen. Die Wolllandindustrie Innerösterreichs besitzt 130 000 Spindeln, die Deutschböhmen 349 000 Spindeln. Die innerösterreichische Leinenindustrie bewegt 8500 maharische Wehrlöcher, die Deutschböhmen und der deutschen Sudetenländer 238 000 gegen 41 000 der tschechischen Leinenindustrie!

Jedes gleichermäßen wie der industrielle, ist der agrarische Raub der Tschechoslowakei an deutschösterreichischem Wirtschaftsgut. Deutschösterreich ist fürchtbar arm an fruchtbarem Gebiet. Nur 26,88 Prozent des deutschösterreichischen Territoriums sind Ackerland, während Böhmen, Ostböhmen, Alpen, Gärten, Waldungen und Büßland den gemaltigen Acker des übrigen Gebietes bedecken. Und selbst das geringe Ackerland hat dieser Friedensvertrag rücksichtslos beschlagnahmt. Von den 25,50 Millionen Meterzentnern Kartoffeln, die im deutschen Gebiete des ehemaligen Oesterreichs geerntet wurden, fallen 8,8 Millionen Meterzentner in Tschechien zu; von den 10,5 Millionen Meterzentnern Getreideeigenen eignen sich 6,8 Millionen Meterzentner die Tschechen an. Von den 357 000 Hektar Weizenanbauflächen des deutschösterreichischen Gebietes verliert der Friedensvertrag der Tschechoslowakei 74 000 Hektar ein. Von den 689 000 Hektar Roggenanbaufläche

Deutschösterreichs werden 200 000 Hektar allein durch den tschechoslowakischen Staat geraubt. So durchschneidet der Friedensvertrag die Wurzeln der ökonomischen Kräfte Deutschösterreichs. Er beraubt es seiner fruchtbarsten und industriereichsten Gebiete, mindert die Möglichkeit ihrer Selbstversorgung mit Lebensmitteln und zwingt es in völlige Abhängigkeit vom Ausland. Er säht die Zahl der Arbeitslosen und unterbindet die Steuerquellen des Reiches. Er verknümmert die Verkehrsstränge des Wirtschaftsgebietes und emblet den Verkehrs-, Waren-, Kredit- und Industriepunkt, die Millionenstadt Wien, und überantwortet sie dem Untergang.

Und diesem verknümmelten, lebensunfähigem Lande beabsichtigt der Friedensvertrag die gewaltigen Lasten des Krieges der alten Gesamtmonarchie aufzubürden!

Der Friedensvertrag bestimmt, daß die Nachfolgestaaten nur die Vorkriegsschulden — nach einem Schlüssel, der vor allem Deutschösterreich belastet — zu übernehmen haben. Diese Vorkriegsschulden betragen in runden Zahlen 33 Milliarden Kronen. Nun nutzt dieser Vertrag der deutschösterreichischen und ungarischen Republik zu, für die gesamten Kriegsschulden der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, ferner für die im Ausland zirkulierenden ungestempelten Noten der österreichisch-ungarischen Bank zu garantieren und sie einzulösen. Dies bedeutet, daß das Kreditystem im Räteungarn vernichtet ist, daß dem Deutschösterreich annähernd 15 Milliarden Kronen Kriegsanleihen, die in der Tschechoslowakei, in Galizien, in der Udomeina, in Jugoslawien und Südtirol liegen, ungerechnet des eigenen Besitzes an Kriegsanleihen, zur Last fallen. In dieser Summe gefüllt sich der Banknotenschatz der österreichisch-ungarischen Bank von drei Milliarden, der sich im Ausland befindet und für den zu Lasten der Friedensvertrag Deutschösterreich verpflichtet. Wenn Deutschösterreich auch die Schulden des liquidierenden Oesterreich übernehmen müßte, dann würden sich die vom alten Oesterreich ererbten Staatsschulden nach den Bestimmungen des Friedensvertrages auf 50—60 Milliarden Kronen belaufen.

Damit ist die Summe der Staatsschuld Deutschösterreichs aber noch nicht erschöpft, denn Deutschösterreich hat in der kurzen Zeit seines selbständigen Bestandes eine innere Anleihe von 570 Millionen und eine Markanleihe von 200 Millionen und etwa eine Milliarde eigener Schatzscheine in den Verkehr gesetzt und schuldet überdies der Entente für verkehrte Lebensmittel 48 Millionen Dollars, die nach dem gegenwärtigen Kurs 1 1/2 Milliarden Kronen darstellen. Zu den Schulden des Staates gesellen sich noch die ungeheuren Schulden der Länder und Gemeinden.

Es ist also sonnenklar, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages bedrucktes Papier bleiben, nie erfüllt werden, weil sie nie erfüllt werden können! Die einzige ökonomische Rettung Deutschösterreichs wäre sein Zusammenbruch mit dem mächtigen Wirtschaftsgebiet der deutschen Republik. Diesen Zusammenbruch mußte jedoch Frankreich vereiteln, wie es auch außerstande ist, die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages wesentlich zu mildern. Im künftigen Wehlerwerk, worauf Clemenceau die Herrschaft des kontinentalen Kapitalismus zu bauen sich ankündigt, wird der morische Weiler Deutschösterreichs zuerst zusammenbrechen. Der Zusammenbruch dieses Weilers wird jedoch das ganze Gebäude ins Wanken bringen.

### Der Wiederaufbau in Frankreich und Belgien.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete haben begonnen. Von der deutschen Regierung ist dazu eine Kommission entsandt worden, deren Zusammensetzung keinerlei Gewähr dafür bietet, daß die von der deutschen Arbeiterchaft als Voraussetzung für ihre Mitwirkung an diesem Werk durch Arbeitsleistung gestellten Forderungen Erfüllung finden. Nicht allein die Zusammensetzung dieser Kommission, sondern vor allen Dingen die Art der Berufung der ihr angehörenden Arbeitervertreter hat nicht allein die schärfste Kritik der Arbeiterchaft hervorgerufen, sondern sie ist vor allen Dingen geelant, die unentbehrliche

und freudige Mitwirkung der Arbeiterchaft an diesem großen Werk zu gefährden.

Wie heute in einer amtlichen Auslassung gegenüber Pressemeldungen festgestellt wird, gehören der Kommission drei Vertreter der Arbeiter und ein Vertreter der technischen Angestellten an. Die Vertreter der Arbeiter, deren Namen bisher nicht einmal bekannt gegeben worden sind, sind aber nicht von den dazu berufenen Organisationen der Arbeiter ernannt, sondern auf Vorschlag der berichtigten Zentralarbeitsgemeinschaft bestimmt worden.

Es ist den in Frage kommenden Regierungsstellen genau bekannt, daß diese Zentralarbeitsgemeinschaft dem schärfsten Mißtrauen des größten Teiles der Arbeiterchaft begegnet und daß das Werk, dessen eifrigste Förderung und reibungslose Durchführung nicht nur von den Interessen der deutschen Arbeiter, sondern von den Interessen der gesamten deutschen Volkswirtschaft geboten ist, durch diese Art der Berufung der Kommissionsmitglieder von vornherein in den Augen der Arbeiter herabgesetzt wird.

Die Arbeiterchaft kann mit Recht verlangen, daß in einer so hoch bedeutenden Frage, die das Lebensinteresse von Hunderttausenden von deutschen Arbeitern berührt, die keine Mitbestimmung in ihren Kreisen erzeugt wird, die dazu beitragen müßte, ihre freudige Mitwirkung an diesem Werk zu gefährden. Man lese doch endlich die Anschauung ab, als ob man die Arbeiter weiterhin von oben herab munden könne. Wenn das in irgendeiner Frage nicht der Fall sein kann, so in dieser. Sie kann nur auf gelöst werden, wenn alles getan wird, um der Arbeiterchaft klar zu machen, daß ihre Mitwirkung durch tätige Arbeit nicht nur notwendig ist, sondern auch in ihrem eigenen Interesse liegt.

Ueber die Verhandlungen der eingangs erwähnten Kommission liegen die folgenden Meldungen vor:

Verailles, 6. August.  
Nach dem „Temps“ fielen heute vormittag die alliierten und die deutschen Delegierten eine Sitzung ab, um über die Lieferung von Vieh zu verhandeln. Am Nachmittag hatten die deutschen und die alliierten Delegierten über Wiederaufbau verhandelt und alle Fragen hinsichtlich des Baumaterials und des Baranksystems durchgesprochen.

### Die Franzosen und der Wiederaufbau.

Am 4. August nachmittags fand eine Sitzung mit dem Organisationskomitee der Wiedergutmachungskommission unter dem Vorsitz von Minister Loucheur in der Wiederaufbaufrage statt. Es wurde die Einsetzung einer Anzahl von Unterkommissionen beschlossen. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

### Die französischen Sozialisten für die deutschen Kriegsgefangenen.

Verailles, 5. August.  
„Humanität“ behauptet, vor etwa vier Wochen habe die französische Regierung den deutschen Kriegsgefangenen mitgeteilt, sie würden nach Unterzeichnung des Friedensvertrages in ihre Heimat zurückgeschickt. Einige Tage später habe man sie wissen lassen, der Rücktransport könne erst nach der Ratifizierung des Friedensvertrages beginnen. Die Ratifizierung durch Frankreich sei nunmehr erfolgt und die Rückführung doch nicht im Angriff genommen worden. Das Volk fragt, warum man warte und das gegebene Versprechen nicht halte. Es handelt sich hier um eine humanitäre Angelegenheit, die erledigt werden müsse.

### Die Ratifizierung des Friedensvertrages in Frankreich.

Termin wahrscheinlich am 3. September.

Verailles, 6. August.  
Der Friedensauschuss der Kammer trat heute nachmittag zusammen und hörte den Bericht des Generalsekretärs erhaltens Barthou. Nach dem „Temps“ umfaßt der Bericht etwa fünfzig Druckseiten und empfiehlt, abgesehen mit einigen

### Schulpolitik in Amerika und bei uns.

Von Dr. Maximilian C. G. Großmann.

Was ist die Ursache des Unterschiedes im Erziehungswesen Deutschlands und Amerikas? Es ist unendlich auf eine Besprechung der Erziehungssysteme Frankreichs und Englands einzugehen — nur daß es geracht ist, darauf hinzuweisen, daß beide im besten Sinne des Wortes modern organisiert sind. Nicht das Vollkommenheit herrsche, bei weitem nicht, und selbstverständlich auch hier in Amerika nicht. Und doch ist unser Erziehungssystem dem deutschen überlegen. Ich sage das trotz des berechnungsmäßigen Umstandes, daß ich seit Jahren ein eifriger Vorkämpfer deutscher Erziehungsphilosophie und deutscher Erziehungsmethoden in diesem Lande gewesen bin. Aber die Erziehungsphilosophie einer Derbart und Dieretweg, eines Pestalozzi und Froebel haben mit der Erziehungsprozess des modernen Deutschland wenig gemein. Und je besser die Unterrichtsmethoden sind, um so erfolgreicher ist der Schullehrer, so sei es gar nicht darauf ankommt, was er lehrt. Man kann nicht nur erziehen, man kann auch verziehen, und dabei ganz methodisch vorgehen. Gibt es doch Schulen der Diederikant, deren „Pädagogen“ auch ihre geliebten Methoden haben. Gerade die geliebte Schullehrer Deutschlands hat den Zusammenbruch der modernen deutschen Erziehungsphilosophie nur um so sicherer und notwendiger gemacht. Es ist der Jubel der Nord, das Endziel, worum es sich handelt.

Schon im Jahre 1807, in einer kleinen, in Syracuse, im Staate New York, gedruckten Schrift, „The Common School and the New Education“, habe ich auf die Fehler und Schwächen der deutschen Schulorganisation deutlich hingewiesen. In den folgenden zwanzig Jahren hat sich wohl manches geändert und zu Besseren gewendet. Einfache Pädagogen haben wenigstens im höheren Schulwesen Reformen eingeführt oder vorgeschlagen. Das Reformgymnasium, welches humanistische und realistische Grundzüge in sich vereint, ist ein Beispiel davon. Man hat dem weiblichen Geschlecht größere Konzessionen gemacht als zuvor, und man hat Fortbildungsschulen und Fürsorge für Schwachbegabte eingeführt. Nationale Erziehungspsychologie hat mehr und mehr Boden gewonnen. Aber alles das berührt den Kern nur wenig oder gar nicht.

In Amerika ist die Volks-Elementarschule der Grundpfeiler aller öffentlichen Erziehung. Mit Ausnahme eines kleinen Bruch-

telles der Bevölkerung — deren die das soziale Klassensystem oder die kirchliche Zerspaltung Europas nachahmen wollen — geht die ganze amerikanische Jugend in diese allgemeine Volksschule. Selbst die Privatkinder, seien sie nun unter kirchlicher Leitung, oder Schulen in „höheren Schulen“ und „höheren Schulen“, passen sich dem allgemeinen System zu großen Teilen an. In die Elementarschule gliedert sich die Schule für Jünglinge und Jungfrauen, hier „Hochschule“ genannt, an; oder aber verschiedene technische Institute, welche in den allgemeinen Plan passen. Der Übergang von der einen zur anderen Schule wird gegenseitig genau studiert und man hat hier und da eine Mittelschule eingerichtet, welche diesen Übergang erleichtern soll. Wie man auf dieser Stufe mehrere Oberklassen der Elementarschule mit den Unterklassen der „Hochschule“ vereint hat, um diese Mittelschule zu schaffen und den verschiedenen Anlagen der Schüler gerecht zu werden, so hat man beim Übergang aus der „Hochschule“ zum „College“ eine ähnliche Mittelschule geschaffen. An das „College“ schließt sich dann das Universitätsstudium an. Unsere Universitäten aber sind in ihrer inneren Organisation eine Mischung englischer und deutscher Ideen.

Schon auf der Mittelschule zwischen Elementarschule und Hochschule erlaubt man, innerhalb gewisser Grenzen, eine Anzahl der Lehrfächer durch den Schüler oder seine Eltern. Dadurch wird es möglich, individuelle Verschiedenheiten zu berücksichtigen, anstatt alle Schüler in die gleiche Zwangsjahre zu stecken. Die Tendenz des Individualismus bricht sich mehr und mehr Bahn, ganz im Einklang mit den demokratischen Grundideen, auf denen sich es ganze Schulwesen aufbaut.

Diese demokratischen Grundzüge zeigen sich darin, daß der Aufstieg von den unteren Klassen und Schichten ausschließlich auf des Schülers eigene Fähigkeit beruht, ohne den geringsten Besatz, soziale Klassenunterschiede zu berücksichtigen oder zu berücksichtigen. Der Unterricht in allen diesen öffentlichen Schulen ist absolut frei; oft werden sogar die Schulbücher und Klassen frei geliefert. Reich und Arm findet sich da auf den Schulbänken zusammen — aber vielmehr, Schulbücher gibt es gar nicht, sondern jedes Kind hat einen eigenen, seiner Körpergröße angepaßten Sitz. Auch darin das Recht des Einzelnen.

Seit Jahrzehnten wurden beide Geschlechter in Gleichberechtigung in diesen öffentlichen Schulen erzogen — eine Gleichberechtigung, die sich auch auf die von den Einzelheiten der Union unterhaltenen Universitäten erstreckt. In manchen Privat-

instituten elementaren und hohen Ranges werden die Geschlechter getrennt, es muß aber nicht vergessen werden, daß trotzdem die als Privatunternehmungen eingerichteten Mädchenschulen, den Knabenschulen in Zielen und Organisation durchaus nicht nachstehen.

In diesen und anderen Dingen erweist sich daher die amerikanische Schulorganisation als durchaus demokratisch. Wesentlicher verschieden davon ist die deutsche. Die deutsche Volksschule ist eine Schule für die „unteren Stände“ — die Bauern und Kleinbürger. Realschule, Gymnasium, sei es ein Real-Gymnasium oder ein humanistisches Gymnasium, sind für die Söhne der wohlhabenden und „gebildeten“ Klassen bestimmt, aus denen sich die Ärzte, Advokaten, Geistlichen usw. rekrutieren. Zwischen ihnen und der eigentlichen Elementarschule steht die „Hochschule“ eine Konzeption an die „besseren“ Bürger. Ein Abgangspunkt aus dem Gymnasium ist unbedingte Vorbedingung zur Aufnahme in Universität. Man bedingt in kein Weise, welches einen Schulischen Unternehmungen davon beständig, sein Kind in irgend eine Klasse zu schicken, welche er für sein Kind auswählt. Aber es ist einmal in die Tradition dagegen, den Aufstieg aus einer unteren Klasse in eine obere zu begünstigen. Aberhand Dindern ist sozialer, bureaukratischer und politischer Art haben dem Fortschritt entgegen und erst der Aufhebung der deutschen Sozialdemokratie hat hier Besserung gebracht. Dann aber besteht die Schwierigkeit darin, daß ein Übergang aus einer erzieherischen Unterstufe in eine obere fast gänzlich ausgeschlossen ist. Jede Unternehmungsklasse ist erzieherisch überdies von drei anderen geschieden, so daß nur wenige Beziehungen bestehen. Der Fortschritt ist von vornherein zum „bestimmten Unternehmungsverhältnis“ verdammt. Jede Klasse hat ihre besonderen Erziehungs- und Unterrichtsmethoden. Um hier für republikanisches Volkstum Raum zu schaffen, muß vor allem die Schulbureaukratie gebrochen werden. Alle Schulen müssen im besten Sinne des Wortes Volksschulen, Schulen des Volkes werden.

„Die Stärke einer Nation“, sagte Präsident Wilson in einer Rede, beruht nicht so sehr auf seinen Deuten als auf seinem Jünglingen. Dies ist das Geheimnis der rechten Volkserziehung in allen Völkern verstanden. Und wer die Schule hat, der hat die Zukunft. In allen Ländern, in Frankreich, in England, in Amerika und anderswo ist der Erziehungsgedanke, das Streben nach erzieherischer Vertiefung, während des Krieges hart in den Vordergrund getreten. Das ist gerade eine der wunderbarsten Erscheinungen



Verhalten, die Ratifizierung des Friedensvertrages. Der Berichterstatter habe sich bemüht, die Ausdrucksformen zu benennen, die nach seiner Ansicht die Regierung verlangen müsse. In besonders interessanter Weise habe er sich über die Schulfrage geäußert und die Verantwortlichkeiten für den Krieg festgestellt. "Tempo" glaubt, daß die Diskussion im Plenum am 25. August beginnen und daß die Abstimmung am 2. September erfolgen werde. Um die Ratifizierung zu beschleunigen, habe der Friedensausschuß der Kammer dem Friedensausschuß des Senats alle Berichte übermittelt, die die Kommission dem Ausschuss schriftlich oder mündlich durch ihre Vertreter habe geben lassen.

## Das freieste Land der Welt.

Der kommandierende General des VII. Armeekorps, Hr. von Watter, dessen terroristische Maßnahmen gegen die Bevölkerung und die oppositionelle Presse wir schon öfters bloßgestellt haben, und in dessen Befehlsbereich überall der Belagerungszustand herrscht, hat gemeinsam mit dem Rechtssozialisten Severing am 18. Juli einen Befehl erlassen, durch den die gesamte gewerkschaftliche und politische Tätigkeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet so gut wie völlig lahmgelegt wird. Dem Kommunisten ist das Abhalten von Versammlungen grundsätzlich untersagt. Die öffentlichen und Mitglieder-versammlungen aller anderen Parteien bedürfen der Genehmigung, und dabei wird gleich die Anweisung erteilt, daß für Versammlungen der U. S. P. nur dann erlassen werden darf, wenn nicht zum Einmarsch der Regierung angefordert wird. Außerdem wird die Ueberwachung aller politischen Versammlungen generell angeordnet. Selbst gewerkschaftliche Mitglieder- und Betriebsversammlungen sind anmeldspflichtig und auf Befehl des kommandierenden Generals zu überwachbar.

Dieser Befehl übertrifft in seiner völligen Mundtotmachung breiter Bevölkerungskreise die härtesten Erlasse der Kriegszeit. Noch niemals ist politischen Parteien grundsätzlich die Abhaltung von Mitglieder-versammlungen untersagt worden. Das Schlimmste ist aber, daß Herr von Watter seine machtgerigen Hände auch nach den verbrieften gewerkschaftlichen Grundrechten der Arbeiterklasse ausstreckt und sie mit einem Federstrich beseitigt. Auf Grund des von ihm erlassenen Befehls sind nunmehr die Arbeiter völlig der Willkür der Unternehmer preisgegeben, denn derartige draconische Ueberwachungsbestimmungen können jede gewerkschaftliche Betätigung lahm und gewähren dem Unternehmertum weitaus Spielraum in seinen ausbeuterischen Absichten.

Wir sind neugierig, wie sich die Generalkommission der Gewerkschaften zu diesem Befehl stellen wird. Daß Herr Severing, der jahrelang an vorderer Stelle der Gewerkschaftsbewegung stand, einen derartigen Befehl mitunterzeichnen konnte, stellt so ziemlich den schimpflichsten Verrat dar, der bisher von rechtssozialistischen Führern an den heiligsten Grundfragen der Arbeiterbewegung vollzogen worden ist.

## Erzbergers Zurücksetzungen.

Die alldeutsche Presse wird nicht müde, zu immer neuen Angriffen gegen Erzberger auszuholen. Western veröffentlichte die "Alldeutsche Rundschau" einen Brief, den Erzberger als Vorkämpfer der deutschen Waffenstillstandskommission an Paricholl geschrieben hatte und worin er um Entlassung eines deutschen Kriegsgefangenen bat, heute widmet die "Post" fast zwei Seiten des losbaren Raumes dem Abdruck der Äußerungen über die Zurücksetzung Erzbergers während der Kriegszeit. Wir erfahren daraus, daß Erzberger, der Landtagspräsident war und L. v. Artillerie gewesen worden ist, im Januar 1917 vom Auswärtigen Amt rekrutiert wurde, damit seine mit großem Erfolge durchgeführte Propagandatätigkeit nach dem Auslande nicht unterbrochen werde. Aus demselben Grunde wurde er noch im September 1917 rekrutiert. Bemerkenswert ist dieses Rekrutieren deshalb, weil inzwischen Erzberger seinen großen Unfall vom Kriegsende durch seinen zur Friedensbegeisterung vollzogen hatte. Die höheren Kommandostellen, die bisher der Zurücksetzung Erzbergers ohne weiteres zugestimmt haben, wollten ihn nun

vieler Neuenwindung der ganzen zivilisierten Welt. Man hat den Gedanken ausgesprochen, daß gleichzeitig mit der Friedenskonferenz eine internationale Erziehungs-Konferenz sage, um die kulturellen Bedingungen der Neugeburt zu besprechen. Ob nun dieser Gedanke zur Ausführung kommt oder nicht, er zeigt die Bedeutung an, welcher die Neugeburt zutrifft. Er zeigt, daß man begreift, die Neugeburt der ganzen zivilisierten Welt sei im Grunde ein gewaltiges erzieherisches Problem. Und als solches wird es auch dem denkenden Deutschen erscheinen.

Von einem Ausschusse akademischer Lehrer ging und ein Ruf aus, dem wir folgendes entnehmen:

Eine große Anzahl akademischer Lehrer hat sich zusammengesunden, um für die Einbeziehung der Schule und des Lehrstandes und für die Modernisierung des Unterrichts und der Erziehung zu agitieren und zu zeigen, daß sie mit dem Rufus des perhischen reaktionären Oberlehrers nichts gemein haben. Sie versammelten am 4. und 5. Oktober im Wiener Saale des Bundeshauses, Rathhäuslestraße, vier pädagogische Konferenzen über das Gesamtthema "Neue Ziele und Wege der Erziehung und des Unterrichts". Am Abend der beiden Tage sollen Volksversammlungen in Berlin und Sanktweil stattfinden, durch welche der Allgemeinheit Gelegenheit gegeben werden soll, sich an der Diskussion über sämtliche Schulfragen zu beteiligen. — Mitteilungen in dieser Angelegenheit werden erbeten an Studienreferent Arno Wagner, Berlin-Blumenstraße, Spofartstraße 1.

Die erste Referendarin. Wie der "Berliner Volkszeitung" mitgeteilt wird, legte am 1. August vor dem Oberlandesgericht Köln eine Frau Dr. jur. Edith Hegemann-Springer als erste Frau in Preußen die juristische Staatsprüfung (Referendarexamen) mit Erfolg ab. Es ist dies ein Vorzeichen auf dem Wege zur vollkommenen Frauennemanzipation, denn bisher durfte in Preußen eine Frau wohl das juristische Studium erlernen, niemals aber sich dem Staatsexamen unterziehen.

Ein sozialisiertes Theater. Das Deutsche Theater in Düsseldorf hat im vergangenen Monat die Direktion gewechselt. Der neue Direktor Richard Sellert, hat unter Mitwirkung des Theaters den Betrieb folgenlos sozialisiert; vom 1. Oktober erhalten Direktor und Angestellte eine Mindestlohn. Der monatliche Reingewinn wird prozentual allen Beteiligten zugute kommen.

durchaus einstellen. Ein kommandierender General schreibt: es sei Mißbilligung und Ärger darüber entstanden, daß dieser erst 45jährige, anscheinend gesunde, tüchtige Mann nicht zum Heeresdienst einbezogen wird". Darauf kam die Antwort, daß Erzberger als Reichstagsabgeordneter nicht eingezogen werden könne. Im Sommer 1918 haben sich nach der Staatssekretär des Reiches Kühmann und der Kriegsminister Scheuch um seine Zurückstellung bemüht.

Es ist zwar recht interessant, daß man jetzt erzählt, wie sich Leute vom Heeresdienst gedrückt hätten, die stets die anderen zum Durchhalten aufgemuntert hätten. Aber warum werden nur die Äußerungen über Herrn Erzberger veröffentlicht? Das geschieht nicht etwa zu dem Zweck, um die patriotische Heuchelei der Kriegstreiber und Kriegsverlängerer allgemein festzustellen, sondern um einen einzelnen Mann, der den Nationalisten so schädeln unheimlich geworden ist, persönlich unmöglich zu machen.

## Zum Zustand der Kallarbeiter.

Uns wird geschrieben: Endlich müssen auch die kapitalistischen und scheingewerkschaftlichen Blätter der Wahrheit die Ehre geben. Durch Schreiben sie von unabhängig-kommunistischen Forderungen, heute müssen sie zugeben, daß die Kallarbeiter rein wirtschaftliche Forderungen stellen. Die Unternehmer, die von der Geschlossenheit der Arbeiter übererast wurden, drohen jetzt mit Aussperrung und Entlassung aller Belegschaften. Wo aber bleibt die Regierung? Sieht sie dem immer noch gleichgültig zu? Die Zentralstreikleitung hat erneut telegraphisch und telefonisch von der Reichsregierung die sofortige Einleitung von Verhandlungen gefordert. Am 7. August findet in Halle a. d. Saale die zweite Reichskonferenz der Kallarbeiter statt, die Stellung zu dem Streik nehmen wird. Die Arbeiter der Mitteldeutschen Braunkohlenindustrie sind entrüstet über das staatsläufige Verhalten der Kallunternehmer, sie wollen ihrem arbeiterfeindlichen Treiben nicht mehr lange untdig zusehen. Es liegt nun an der Regierung, unser Wirtschaftsleben vor einem Streik in der Braunkohlenindustrie, der unabschätzbare Folgen nach sich ziehen würde, zu bewahren.

## Internationale Sozialistenkonferenz.

Bern, 5. August. Die Kommission der Internationalen Sozialistenkonferenz, die sich mit der Frage des Wiederaufbaues der Internationalen zu beschäftigen hatte, führte heute die Beratung der Statuten fort. Die Kommission stellte für den im Februar 1920 stattfindenden allgemeinen Sozialistenkongress folgende Stimmenteilung auf: Deutschland 30, Südafrika 6, Argentinien 12, Armenien 4, Australien 15, Oesterreich 15, Belgien 15, Bolivien 2, Bulgarien 6, Kanada 4, Chile 2, Dänemark 10, Spanien 6, Estland 2, Vereinigte Staaten von Amerika 30, Finnland 8, Frankreich 30, Georgien 4, Griechenland 3, England 30, Ungarn 1, Irland 2, Italien 24, Lettland 2, Litauen 4, Luxemburg 1, Norwegen 8, Polonien 4, Niederlande 10, Peru 2, Polen 10, Portugal 2, Rumänien 2, Rußland 30, Schweden 15, Schweiz 10, Tschechoslowakei 15, Ukraine 15, Jugoslawien 8. Die Kommission beschloß ferner, in jedem Land vom 1. September ab eine periodische Veröffentlichung zu veranstalten, zu dem Zweck, über die Parteien der anderen Länder zu unterrichten. Die Frage der Schaffung telegraphischer Bureaus wurde an eine aus Journalisten und Schriftkautenten von Arbeiterblättern zusammengesetzte Sonderkommission verwiesen.

Die Kommission beschloß endlich, daß der große internationale Kongress in Genf am 2. Februar 1920 auf Grund der in Luzern aufgestellten provisorischen Statuten eröffnet werden soll, und zwar mit folgender Tagesordnung: 1. Statuten. 2. Frage der Verantwortlichkeiten. 3. Internationale Politik (Demokratie und Diktatur, Sozialisierung und Arbeitergesetzgebung). 4. Organisation der Presse. Der belgische Delegierte gab eine Erklärung ab, daß seine Freunde die Frage der Verantwortlichkeiten auf Grundlage eines freundschaftlichen Geistes zu prüfen gedenken. Der Präsident der Kommission, Bligen, wurde zum Berichterstatter für die Vollversammlung ernannt.

## Die Streiks in England.

Rotterdam, 5. August. "Nieuwe Rotterdamse Courant" meldet aus London über den Teilerst der Polizisten: Augenblicklich befinden sich 1054 Polizisten im Auslande. Ihre Zahl vermehrt sich jedoch von Tag zu Tag.

Der Ausbruch der Maschinen- und Heizer auf der Londoner Südwest-Bahn hat zur Folge, daß auf dem Bahnhof King Cross von 500 Lokomotiven nur 30 im Dienst gemeldet werden konnten. Es liegen Anzeichen für eine Ausdehnung des Streiks vor.

London, 5. August. (Reuter.) Der Streik auf der Londoner Südwest-Eisenbahn hat auch auf die City- und Süd-Londoner Elektrische Eisenbahn übergegriffen. Dies bedeutet eine große Verlegenheit für die Leute, die von den Hochhäusern nach der City zu gelangen wünschen.

London, 5. August. (Reuter.) Auf einer Versammlung der Eisenbahner in Liverpool wurde die Anschließung angenommen, den Volksgewalt der Nationalen Verbände der Eisenbahner aufzufordern, die streikenden Polizisten zu unterstützen. Die Versammlung erklärte sich zugunsten der direkten Aktion im Falle, daß die Antwort des Volksgewaltsschusses nicht befriedigend ausfallen werde.

H. N. Haag, 6. August. Aus London wird gemeldet: Der Streik auf der South West-Bahn hat sich auf die elektrische Straßenbahn in London ausgedehnt.

## Generallstreik in schottischen Bezirken.

T. U. Amsterdam, 6. August. Der schottische Bergarbeiterverband hat für den schottischen Bezirk Walsfordham den Generallstreik wegen der Nichtbewilligung der Forderungen proklamiert. Über 11000 Arbeiter sind in den Streik verwickelt.

## Stille Streiks.

London, 5. August. (Reuter.) Die Bewegung einer Anfrage sagte Bonar Law. Jeder Versuch der Entschleunigung über die politischen Fragen die das ganze Land angehen, durch Mittel, wie den Generallstreik der Kohlenbergwerke, Eisenbahner und Transportarbeiter, zu erzwingen, würde im Falle des Scheiterns das Gede der demokratischen Konstitution gefährden.

neßen Regierung in England bedeuten. Deshalb werde es Pflicht der Regierung sein, solchen Versuch mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern und entgegenzusetzen. (Beifall.)

## Die Zusammenstöße in Triest.

Wien, 5. August. Nach Meldung des Salzburger Post-Korrespondenten ist es gestern und heute in Triest zu Zusammenstößen zwischen slowenischen Sozialisten einerseits und italienischen Karabinieri und Nationalisten andererseits gekommen. Es gab mehrere Tote und Verwundete. Die sozialistischen Vertrauensmänner wurden verhaftet.

## Die Streikbewegung in der Schweiz.

T. U. Basel, 5. August. Die von dem internationalen Einigungsamt in Zürich geführten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern der Baseler Järwerke sind neuerdings gescheitert, da die Arbeitgeber die Vorschläge des Einigungsamtes verwarfen, die den Forderungen der Arbeitgeber zum größten Teile entsprachen. Bundesrat Schultze, Präsident der schweizerischen volkswirtschaftlichen Deputation, hat seine Vermittlung angeboten und die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiterchaft auf heute vormittag zu sich nach Bern geladen. Es wird erwartet, daß er durch ein Nachwort die Streitigkeiten im Järwerkgebiet beseitigen wird, die Ursache zum Generallstreik waren. Es zeigt sich aber, daß die Arbeitgeber wenig Interesse an der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit haben.

## Die Friedensstärke des amerikanischen Heeres.

Amsterdam, 5. August. Das Heeresbureau meldet aus Washington, daß der Reichssekretär Baker dem Kongress einen Bericht vorgelegt hat, der ein Friedensheer von 510 000 Mann und eine dreimonatige militärische Übungspflicht für alle 19 Jahre alten Männer vorsieht.

## Gewerkschaftliches.

### Mittrauensvotum für den Vorstand des Berliner Voller-Verbandes.

Die außerordentlich gut besuchte Versammlung des Voller-Verbandes hielt sich am Dienstagabend zu einer kurzen, aber stürmischen Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern und Vorstand. Aus der Versammlung stellte man einen Antrag auf Uebertragung der Tagesordnung, die in der Hauptsache den Anschlag an den Transportarbeiterverband enthielt, und den weiteren Antrag, der Vorstand möge die Vertrauensfrage stellen. Der Vorsitzende wollte anfangs diesem Entschluß nicht nachgeben, da nach dem Statut die Anträge 14 Tage vorher eingereicht werden müßten, dies rief jedoch einen derartigen Widerspruch heraus, daß die Versammlungsleitung die Anträge doch zur Diskussion zuließ. Ein Redner begründete diese mit dem seit einiger Zeit durch den Fall Münch und Knouch zwischen Mitgliedschaft und Vorstand bestehenden Spannung. Ein Redner, der den Vorstand verteidigte, ließ auf ungeheuren Lärm. Es wurde dann vom linken des Vorstandes die Vertrauensfrage gestellt und ihm mit großer Mehrheit das Mittrauen ausgesprochen. Darauf wurde die Versammlung auf nächsten Dienstag verlegt.

### Die Ensemblesmüller nehmen den Schiedspruch an.

Eine Versammlung der Ensemblesmüller am Dienstag nahm nach dem eingehenden Bericht des Vorsitzenden über die Tarifrundverhandlungen einstimmig folgende Resolution an: Die Versammlung der Raffschneidermüller erklärt sich mit dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums einverstanden, obgleich nicht alle Forderungen der Müller dadurch erfüllt werden. Insbesondere müssen die Raffschneidermüller die geringere und unzureichende Bezahlung der über die vierjährige Mindestarbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden bemängeln. Sie halten weiter die Erfindung des wöchentlichen freien Tages für unangemessen notwendig und müssen ferner unbedingt eine längere Vertragsdauer mit den daraus sich ergebenden Konsequenzen hinsichtlich Bezahlung der Krankentage fordern. Es wurde noch zum Ausdruck gebracht, daß die Mitgliedschaft, falls die Raffschneidermüller ihre Drohung wahr machen und die Raffschneidermüller an Stelle der Müllermüller engagieren, was mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern wissen wird.

### Der Verband der Fabrikarbeiter.

Die Raffschneider Grob-Verband des Fabrikarbeiter-Verbandes hielt am Sonntag seine Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Einleitend gedachte der Bevollmächtigte W. Reimann mit warmen Worten der 400 Kollegen unserer Jahrgänge, die uns durch den Völkermord entziffen wurden. Zum Geschäftsbereich führte Reimann aus, daß sich die Unternehmer von dem panischen Schrecken langsam erholen, von dem sie im November befallen waren. Es gelang für unsere Kollegen in der Metallindustrie, die Löhne anzubessern. Auch in der Textilindustrie, die von Wehr Siemens während Vorzeile herausgeholt. Für die Gummiindustrie kam der geplante Reichslohn nicht zustande, für die Berliner Gummiindustrie wurden die Löhne jährlich geregelt. Nicht nur in Bezug auf Löhne, sondern auch für Arbeit wurde gefordert, indem wir eingriffen um die Gummiindustrie mit Rohstoffen zu versehen. Für die chemische Industrie wurden die Löhne ebenfalls erheblich aufgebessert und tariflich festgelegt. Ein Sonderabkommen für einige andere Branchen kommt in den nächsten Tagen zur Erledigung. Trotzdem machten sich die Sturzzeichen immer mehr bemerkbar, es ist deshalb Pflicht jedes einzelnen die wirtschaftliche Organisation zu stärken, um sich gegen die Kämpfe gerüstet zu sein. Der Raffschneider lag gedrückt vor und wurde dem Raffschneider einstimmig Entlassung erteilt. Ein Antrag, dem "Korwaria" keine Inserate mehr zur Veröffentlichung zu senden, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein Antrag der Devisenverwaltung, die Sozialbeiträge für männliche Mitglieder um 16 Pf. und weibliche Mitglieder um 10 Pf. zu erhöhen, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Es wurde Rogge mit 111, Tisch mit 110, Glagau mit 96 und Buchholz mit 75 Stimmen als Hausstafette gewählt. Als Agitationsleiterin für die Blumen- und Federbranche wurde die Kollegin Kowder gewählt. Ein Entwurf zum Christbaum wurde nach eingehender Beratung angenommen. Nach einem fernigen Schlußwort des Bevollmächtigten an Reimann wurde die Generalversammlung geschlossen.

Der Schiedspruch für die Arbeiter. Der Versammlungsbericht in Nr. 389 der "Freiheit" enthält einige unrichtige Angaben, die wir hiermit richtigstellen. Der angenommene Schiedspruch gewährt den ungelernnten Arbeitern 14 Mark, nicht 10 Mark, den anderen Arbeitern und den Frauen nicht 14 Mark, sondern 10 Mark Ueberzahlungsbeihilfe für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September.



